

Interpellation

0781 Rytz, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 5

Eingereicht am: 26.11.2003

Zukunft der Modellvielfalt und der integrativen Schulmodelle im Kanton Bern

In seine Funktion als FDP-Parlamentarier hat der Leiter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung der kantonalen Erziehungsdirektion die Stadt Bern dazu aufgefordert, nur noch das Oberstufenmodell 3a (Manuel) zuzulassen und flächendeckend Spezialsekundarklassen einzuführen. Begründet wurde dieser Vorschlag mit „Erfahrungen“, die belegten, dass nur eine Dreifachselektion am Ende des 6. Schuljahres eine optimale Förderung der SchülerInnen gewährleisten würden und niveaugemischte Klassen problematisch seien.

Diese Aussagen widersprechen dem bisherigen Stand der Bildungsforschung, welche das Augenmerk vermehrt auf das Problem der falschen Selektion und der Leistungsüberlappung richtet. So hat z.B. die PISA-Studie gezeigt, dass 30 Prozent der SchülerInnen in einer Realklasse im Kanton Bern im Fach Mathematik das gleiche Leistungsniveau erreichen wie GymnasiastInnen. Dieses Resultat bestärkt die Vermutung, dass vor allem Kinder aus ländlichen Regionen und bildungsfernen Schichten in einer selektiven Oberstufe nicht ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. „Es zeigt sich überaus deutlich, dass in den Deutschschweizer Schulen nicht nur eine leistungsbezogene, sondern auch eine soziale Selektion stattfindet.“ (Kantonaler Bericht zur PISA-Erhebung, 2000).

Ich frage deshalb den Regierungsrat:

- 1) Ist der Regierungsrat der Meinung, Gesamtschulen und integrative Oberstufenmodelle hätten sich im Kanton Bern nicht bewährt? Wenn ja: Warum und auf welche Ursachen führt er dies zurück? Welches Modell gilt als besonders problematisch?
- 2) Gibt es aus Sicht des Regierungsrats Probleme mit selektiven Oberstufenmodellen im Kanton Bern? Wenn ja: Welche und auf welche Ursachen führt er diese zurück? Welches Modell gilt als besonders problematisch?
- 3) Wie beurteilt der Regierungsrat die Frage der Durchlässigkeit in den verschiedenen Oberstufenmodellen des Kantons Bern: Wie gross stehen je nach Modell die Chancen, einmal verfügte Zuweisungen aufgrund von Leistungsveränderungen zu korrigieren?
- 4) Um optimal auf die unterschiedlichen Situationen in Bernischen Gemeinden einzugehen und differenzierte pädagogische Konzepte zu ermöglichen, ist im Volksschulgesetz eine Modellvielfalt für die Oberstufe garantiert. Unterstützt der Regierungsrat des Kantons Bern diese Modellvielfalt nach wie vor oder ist er der Meinung, dass im ganzen Kanton

ein einheitliches Modell eingeführt werden sollte? Wenn ja: welches Modell wird vom Regierungsrat bevorzugt?

- 5) Wie beurteilt der Regierungsrat die Forderung nach selektiven Oberstufenmodellen im Hinblick auf die Umsetzung des Integrationskonzeptes nach Artikel 17 des revidierten Volksschulgesetzes? Wie lassen sich Stufen-Selektion und die Förderung der Integrationsfähigkeit in einen pädagogischen Zusammenhang bringen? Besteht nicht die Gefahr, dass die Realschulen in einem zwei- oder dreifach gegliederten Oberstufensystem die bisherige Funktion der Kleinklassen übernehmen müssen?
- 6) Auf welche empirischen Daten und Unterlagen stützt sich der Regierungsrat bei der Beurteilung der verschiedenen Oberstufenmodelle im Kanton Bern und der Beantwortung der Fragen 1-5 genau ab?

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass Bildungsqualität nicht Modell abhängig ist, jedoch durch die in den Lehrplänen formulierten Grobziele, durch eine effiziente Aufsicht und durch die Evaluation der Schulen gesteuert werden kann. Die Lernziele lassen sich mit den verschiedenen Oberstufenmodellen gleichwertig erfüllen.

Deshalb befürwortet er die Modellvielfalt für die Oberstufenschulen im Kanton Bern und unterstützt grundsätzlich die verschiedenen Zusammenarbeitsformen für die Sekundarstufe I. Die Modellvielfalt berücksichtigt demographische, topographische sowie regionale Eigenheiten und ist deshalb primär kantonal und nicht kommunal zu verstehen.

Die Modellvielfalt verwirrt und verunsichert jedoch viele Eltern. Eine Vereinheitlichung soll realisiert werden, wenn sie aufgrund eidgenössischer Vorgaben notwendig ist. So sind die verschiedenen Formen für den gymnasialen Unterricht im neunten Schuljahr den Anforderungen des kantonalen Lehrplans für die Maturitätsausbildung anzupassen.

Antworten zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass sich Gesamtschulen und integrative Oberstufenmodelle bewährt haben. Den Gemeinden ist freigestellt, ihre eigene Struktur für die Oberstufe der Volksschule zu wählen.

Der Erfolg für die Schülerinnen und Schüler ist nicht nur systembedingt. Eine wichtige Rolle spielen dabei das Engagement der Lehrkräfte und die Zusammensetzung der Klassen. Wenn zu viele Besonderheiten berücksichtigt werden müssen, können integrative Modelle schnell ihre Grenzen zeigen. Problematisch kann sich die Summe verschiedener Faktoren wie disziplinarische Probleme, grosse Klassen oder das Leistungsgefälle innerhalb der Klassen auswirken.

Zu Frage 2:

Aus der Sicht des Regierungsrates gibt es in den Schulen keine Probleme, die auf die selektiven Oberstufenmodelle zurückzuführen sind.

Zu Frage 3:

Insgesamt können zwei Formen der Durchlässigkeit unterschieden werden:

1. Die Schülerinnen und Schüler können bei entsprechend guter oder mangelnder Begabung eines der Fächer Deutsch, Französisch oder Mathematik in einem höheren oder tieferen Niveau besuchen. Dies ist in den Modellen 3(a und b) und 4 vorgesehen. Nach der Erstzuweisung besuchten im Schulversuch Bern-West (Modell 4) von rund 330 Schülerinnen und Schülern 44% und im Schulversuch Spiegel (Modell 3b) von rund 180 Schülerinnen und Schülern 38% gemischte Niveaukombinationen.
2. Als Durchlässigkeit gilt ebenfalls, wenn nach der Ersteinstuung aufgrund der Leistungen der Schultyp gewechselt wird. In den Modellen 1 und 2 ist ein derartiger Wechsel

im Prinzip möglich, wird aber in der Regel nur von der Sekundar- in die Realschule praktiziert. Diese Durchlässigkeit ist im Modell 3a (Manuel) begünstigt. Die Häufigkeit der Niveauwechsel könnte der Schulstatistik entnommen werden, bedingt aber einen grossen Auswertungsaufwand.

Die Durchlässigkeit ist in jenen Modellen einfacher zu realisieren, in welchen bei einem Niveauwechsel kein Klassenwechsel erfolgen muss. Das trifft auf die Modelle 3b und 4 zu. Im Schulversuch Bern-West (Modell 4) profitierten 45% der Schülerinnen und Schüler von Niveauwechseln und im Schulversuch Spiegel (Modell 3b) rund 60%.

Zu Frage 4:

Im März 2003 hat die Erziehungsdirektion die 102 deutschsprachigen Einwohnergemeinden, welche Standort einer Schule mit Sekundarklassen sind, zu einer Konsultation mit Änderungsvorschlägen für die Sekundarstufe I eingeladen. Vorgeschlagen wurden eine Zusammenführung der Modelle 1 und 2, die Beibehaltung des Modells 3a sowie die Zusammenführung der Modelle 3b und 4 (neu 3 anstatt 5 Modelle). Eine Mehrheit der 87 antwortenden Gemeinden befürworteten diese Reduktion der zur Verfügung stehenden Modelle.

Bei der Überprüfung der Reduktionsmöglichkeiten hat die Erziehungsdirektion aber auch auf übrige schulorganisatorische Veränderungen, mit welchen die Schulen und auch die Gemeinden in naher Zukunft belastet sein werden, Rücksicht genommen (revidierte Schülerinnen- und Schülerbeurteilung, Neuorganisation des Spezialunterrichtes). In den Diskussionen ist sie zum Schluss gekommen, dass regionale Stärken und in den Schulen gewachsene und bewährte Systeme durch reine Strukturveränderung nicht beeinträchtigt werden sollen. So hat sie sich im Interesse anderer Prioritäten entschieden, auf die Reduktion der Modellvielfalt zu verzichten.

Ziel des Unterrichts ist es, die im Lehrplan definierten Lernziele zu erreichen. Dabei spielt die Modellwahl grundsätzlich keine Rolle. Deshalb unterstützt der Regierungsrat die Modellvielfalt und will die Qualität mit Treffpunkten steuern, die mit den weiterführenden Schulen vereinbart werden.

Zu Frage 5:

Die besonderen pädagogischen Massnahmen zur Unterstützung der Integration sollen in allen Schulgemeinden angeboten werden. Dazu gehört auch die Förderung in besonderen Klassen. Die Funktion der heutigen Kleinklassen wird deshalb nicht den Realklassen übertragen.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte soll, begleitend zum Unterricht, eine pädagogische, sonderpädagogische oder therapeutische Betreuung bereitgestellt werden. Mittels Sozialfaktor ist es möglich, die Mittel gezielt dort einzusetzen, wo zusätzliche Massnahmen erforderlich sind.

Die Integration lässt sich mit allen Modellen und in allen Klassentypen, auch in speziellen Sekundarklassen oder im gymnasialen Unterricht der neunten Klassen, erreichen.

Zu Frage 6:

Die Aussagen zu Frage 3 stützen sich auf die Auswertung der Schulversuche Manuel, Spiegel und Bern-West.

An den Grossen Rat